

Denken und Handeln: Die Ideologie des Nationalsozialismus

Immer wieder ist nach 1945 die Frage gestellt worden, warum der Faschismus in Deutschland nicht von innen her besiegt wurde, sondern von außen militärisch niedergekämpft werden musste. Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht. Aber teilweise findet man eine Erklärung, wenn man das Gedankensystem analysiert, mit dem die Nationalsozialisten ihr Handeln begründeten, und dabei untersucht, auf welche Wurzeln in der deutschen Geschichte die nationalsozialistische Ideologie zurückgriff. Diese Fragestellung hilft bei der Erklärung, warum der überwiegende Teil der Bevölkerung dem Regime folgte und diejenigen, die sich widersetzen, bis zum Schluss eine Minderheit blieben.

Die NS-Ideologie

Das Ideal der Volksgemeinschaft

Einer der zentralen Programmpunkte der Nationalsozialisten war die Ablehnung aller demokratischen und sozialistischen Anschauungen. Für sie bestimmten nicht Klassengegensätze oder Interessenkonflikte die sozialen und politischen Auseinandersetzungen in Staat und Gesellschaft, sondern sie propagierten das Ideal einer einheitlichen Volksgemeinschaft, in der alle sozialen Gruppen zu einer Einheit verschmolzen seien. Entsprechend lehnten die Nationalsozialisten die Anschauung ab, dass z. B. die Arbeiterschaft eigene Organisationen benötigte, um ihre Interessen wahrnehmen zu können. In der Volksgemeinschaft würden vielmehr alle Berufsstände zum gemeinsamen Nutzen beitragen. Dem „Volkswillen“, den der Führer formuliert, habe sich deshalb jeder bedingungslos unterzuordnen. Der soziale Kampf hatte die Weimarer Republik gekennzeichnet. Die Anhänger der Dolchstoßlegende⁶⁷ (siehe S. 67) hatten in ihm bereits die innere Ursache für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg gesehen. Genauso machte die nationalsozialistische Propaganda Parteienzersplitterung, Gewerkschaften und Arbeiterparteien für die Wirtschaftskrise der Republik verantwortlich. Vielen Deutschen, die vor der Wirtschaftskrise die traditionellen bürgerlichen Parteien gewählt hatten, schien dieser nationalsozialistische Vorwurf richtig. Im Antimarxismus und im Antirepublikanismus trafen sich viele mit nationalsozialistischen Gedanken.

Der Glaube an die deutsche Überlegenheit

Die Vorstellungen des imperialistischen Zeitalters prägten noch große Teile des Denkens im Bürgertum: Eroberung

neuer Märkte, nationale Größe, Unterdrückung der wirtschaftlich Schwachen, Konkurrenz der Großmächte untereinander, selbst wenn dies das Risiko eines Krieges einschloss. Hieraus formte sich auch die Gedankenwelt Hitlers und seiner Anhänger. Kampf, nicht Verständigung galt ihnen als das eigentliche Lebensprinzip.

Den Kampf der Staaten um Macht setzten die Nationalsozialisten dabei mit dem Überlebenskampf gleich, der sich unter den Tieren in der Natur abspielt. Wie die Tiere nach erblich festgelegten Arten eingeteilt sind, so sahen sie die Menschen in erblich festgelegte Rassen unterteilt, deren Leben von Natur aus unterschiedlich seien: Die besten Aufgaben hatten natürlich sie selbst – die „germanische Rasse“ – und

„Der Bildhauer Deutschlands“. Karikatur von Oskar Gavens, 1933

sie rechtfertigten damit ihren Herrschaftsanspruch. Sie stilisierten die Deutschen zum „arischen“ Herrenvolk, das zur Herrschaft über andere bestimmt sei. Die Slawen dagegen stempelte Hitler in seiner Programmschrift „Mein Kampf“ zu einer den „Ariern“ untergeordneten Rasse. Die von ihnen bewohnten Gebiete böten einen „natürlichen Lebensraum“ für die deutsche Bevölkerung. Hitler griff damit auf bereits im Kaiserreich verbreitete Vorurteile gegenüber den osteuropäischen Völkern zurück und rechtfertigte mit seinem Rassismus deutsches Expansionsstreben.

Der Antisemitismus

Ein weiteres Feindbild der Nationalsozialisten, der Antisemitismus*, war ebenfalls nicht etwas völlig Neues. Bereits im 19. Jahrhundert hatten sich große Teile des Bürgertums dafür empfänglich gezeigt. Seit der Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 n. Chr. hatten die Juden kein eigenes Staatswesen mehr; in verschiedenen Nationen und Staaten verstreut bildeten sie oft rechtlich und sozial diskriminierte Minderheiten*. Seitdem sie Anfang des 19. Jahrhunderts in Deutschland die bürgerliche Gleichstellung erhalten und sich besonders erfolgreich im Finanzwesen und in akademischen Berufen betätigt hatten, wurden sie von manchen Gruppen als unliebsame Konkurrenten gefürchtet – vor allem von solchen, die vom wirtschaftlichen Abstieg bedroht waren.

Die nationalsozialistische Propaganda ordnete nun auch die Vorurteile gegenüber Juden in den Rassismus ein und diskriminierte die jüdische Bevölkerung als einen weltweit verbreiteten „rassischen“ Gegner, der den inneren Frieden und den Frieden zwischen den Völkern bedrohe. Obwohl viele Bürger den Antisemitismus der Partei teilten, hatten sie kaum genaue Vorstellungen darüber, was er praktisch bedeuten würde, wenn die NSDAP erst an der Regierung wäre. Die Juden sind in Wirklichkeit ja weder eine Rasse, noch stellen sie eine einheitliche soziale Schicht in der Gesellschaft dar.

Heute werden Menschen, die während des Nationalsozialismus gelebt haben, überwiegend bestreiten, an den nationalsozialistischen Rassismus geglaubt zu haben – und oft stimmt das wohl auch. Aber viele teilten einige vorurteilsbeladene Ansichten, auf denen das nationalsozialistische Gedankensystem aufbaute: Der eine meinte, die Armee sollte endlich wieder eine Stärke erreichen, in der sie mit anderen Mächten konkurrieren könne; andere fanden, dass die Nazis ruhig diesen oder jenen jüdischen Bankdirektor absetzen könnten, denn die Juden hätten ja ohnehin zu viel Macht; und wieder andere stimmten damit überein, dass der Staat die Arbeitslosen zur Arbeit zwang. Allen gemeinsam war daran ge-

legen, dass die inneren politischen Kämpfe vorbei zu sein schienen und sich die Kraft des Staates wieder auf äußere Entfaltung richten könne. Die Nationalsozialisten formten daraus eine Gesamtvorstellung, eine Ideologie. Aber in Wirklichkeit hörten mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten die inneren Auseinandersetzungen nicht auf. Im Gegenteil: Hinter den Mauern der Lager und Gefängnisse wurden sie mit vorher nie gekannter Schärfe weitergeführt.

„Marxisten“ oder „Arbeitsscheue“, die die nationalsozialistische Volksgemeinschaft stören konnten, galten, ebenso wie die Juden oder die slawischen Völker, als „erblich minderwertig“. Damit war aber nicht mehr nur ihre soziale oder rechtliche Stellung bedroht – ihr Leben war insgesamt gefährdet. So ernst hatten viele, die antisemitische Äußerungen machten, das gar nicht genommen.

Plakat von H. Stalüter zur Ausstellung „Der ewige Jude“, 1937



Loyalität der Massen – Ausgrenzung von Minderheiten

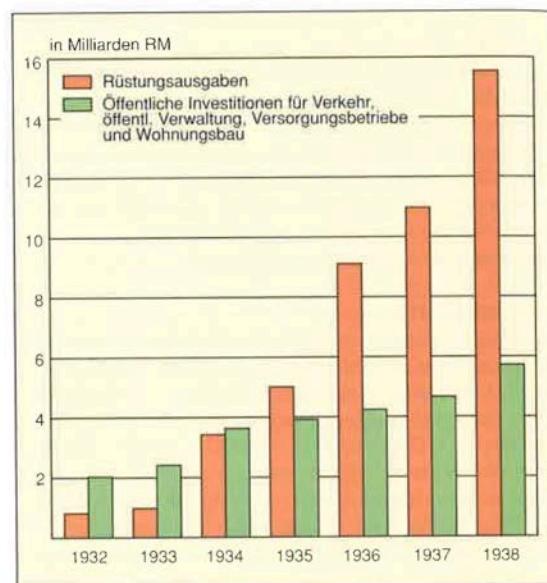
Die Mobilisierung der Volksgemeinschaft

Durch die Ausschaltung der Arbeiterbewegung und die Abschaffung der Demokratie, durch die in Aussicht gestellte Aufrüstung und durch die Abwehr konkurrierender Herrschaftsansprüche der SA hatte Hitler weite Kreise von Industrie und Banken sowie der Reichswehr für seine Regierung gewonnen. Die von Regimegegnern „gesäuberte“ staatliche Bürokratie verhielt sich weitgehend kooperativ. Wie aber setzte sich das Regime im „Volke“ durch?

Terror und staatlich-parteiliche Kontrolle allein erklären nicht, warum sich nur schwacher Widerstand regte. Zur Stabilisierung der nationalsozialistischen Regierung und zur Integration der Bevölkerung trug vor allem der nach den Jahren der Weltwirtschaftskrise erfolgte wirtschaftliche Aufschwung bei, der für viele unmittelbare Not beseitigte. 1935 erreichte der Wert der produzierten Güter fast wieder den Stand von vor der Weltwirtschaftskrise. Etwas langsamer wurde die Arbeitslosigkeit abgebaut. Die Propaganda gab diese wirtschaftliche Besserung als Verdienst der „Volksgemeinschaft“ aus, die die Zersplitterung in sozial und politisch sich bekämpfende Gruppen und Organisationen überwunden habe. Unternehmer, Arbeiter und Angestellte würden nun gemeinsam ihre Kräfte für die Steigerung der Produktion einsetzen. Wie stand es damit wirklich? War die Abschaffung der Demokratie die Voraussetzung des wirtschaftlichen Erfolges?

Arbeitsbeschaffung und Rüstung

Die Produktion stieg auch in anderen Industrieländern an, die Parteien und Gewerkschaften nicht verboten hatten. Denn langsam begann sich die weltwirtschaftliche Lage zu verbessern. Die nationalsozialistische Regierung unterstützte den Aufschwung mit zusätzlichen Mitteln. Der freiwillige Arbeitsdienst wurde zum „Reichsarbeitsdienst“ umgestaltet, der mit Anreizen und zunehmendem staatlichen Druck die Arbeitslosen von der Straße holte, sie in Lagern zusammenfasste und z. B. im Straßenbau einsetzte. Arbeitsdienstler – es waren 1934 über eine Million – verschwanden aus der Arbeitslosenstatistik. Dass damit aber noch etwas anderes bezweckt wurde, zeigt folgende Tatsache: 1935, als die Arbeitslosigkeit schon weitgehend abgebaut war, wurde der Reichsarbeitsdienst zu einer halbjährigen Pflicht für alle männlichen Jugendlichen. Hier sollten sie auf den Wehrdienst, auf das Leben in Kasernen und Lagern vorbereitet und im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie erzo-



Öffentliche Ausgaben im Deutschen Reich 1932–1938

gen werden. Den wichtigsten Anreiz zum Wirtschaftsaufschwung bildeten staatliche Rüstungsaufträge. Da dem Staat noch das Geld fehlte, um die Aufträge zu bezahlen, mussten Banken und Industrie einspringen und einen Teil des benötigten Geldes vorschließen. Hinzu kam, dass vorübergehend ein Preissetzstop eingeführt wurde und vor allem die Löhne niedrig blieben. Denn seit der Auflösung der Gewerkschaften wurden die Löhne von sogenannten „Treuhändern der Arbeit“ festgesetzt, die von Weisungen der Regierung abhängig waren.

Die „Deutsche Arbeitsfront“

An die Stelle der Gewerkschaften trat jetzt eine andere Organisation, die ein Zwangszusammenschluss von Unternehmervereinigungen, Angestelltenverbänden und Lohnabhängigen war: die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) als „Organisation aller schaffenden Deutschen der Sturm und Faust“, wie sie von den Nationalsozialisten propagiert wurde. Das Führerprinzip wurde nun auch in den Betrieben eingeführt. „Vertrauensräte“ ersetzten die Betriebsräte, der Vertrauensmann durfte den „Betriebsführer“, d. h. den Unternehmer, nur noch beraten. Bei den Wahlen zu den Vertrauensräten konnten nur Kandidaten aus einer Liste ausgewählt werden, die Betriebsführung und DAF miteinander abgestimmt hatten. Die ersten Vertrauensratswahlen 1935

spiegelten das Misstrauen der Belegschaften gegenüber den neuen Institutionen wider: Nur 60 Prozent gaben überhaupt ihre Stimme ab. Als auch ein Jahr später die nationalsozialistischen Kandidaten nicht das erwartete Vertrauen bekamen, wurden zukünftig keine Wahlen mehr durchgeführt.

Die Regierung legte jetzt das Schwergewicht darauf, durch soziale Maßnahmen wenigstens die Leistungsbereitschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter zu fördern. Die DAF setzte eine Reihe von betrieblichen Verbesserungen durch, wie z. B. Pausenräume, Freizeiteinrichtungen und Arbeitssicherheitsmaßnahmen, ein gesetzlicher Mindestanspruch auf ein bis zwei Wochen Urlaub im Jahr wurde eingeführt. Die DAF gründete auch eine eigene Urlaubs- und Freizeitorisation: „Kraft durch Freude“ (KdF). Was mit diesem Ausdruck gemeint war, drückte der Führer der Arbeitsfront, Robert Ley, vor Vertretern der DAF so aus: „Der beste Staatsmann kann mit einem Volk mit zerrütteten Nerven keine Politik betreiben. Der verlorene Weltkrieg sollte uns diese Erkenntnis für immer eingehämmert haben.“

Mit dem, woran sich ältere Menschen noch heute erinnern, wenn sie den Begriff „KdF“ hören, haben diese Ziele vielleicht wenig gemeinsam. Ihnen fallen da eher Landverschickungen, Ausflüge und Betriebsfeste ein. Und doch drückte Ley die wirkliche Absicht des Regimes aus. Denn durch die „KdF“-Veranstaltungen sollte die permanente ideologische Beeinflussung gesichert und die Identifikation des Einzelnen mit den Zielen des Regimes gefördert werden. Parteifeste, Massenaufmärsche, Volksfeste, die Olympi-

schen Spiele 1936 gehörten zur Wirklichkeit des Lebens im nationalsozialistischen Staat ebenso wie Entretung und Verfolgung.

Die Erfassung der Jugend und die neue Rolle der Frau

Die nationalsozialistische Führung bemühte sich in besonderer Weise die Jugend für den Staat zu gewinnen. Die Jugendorganisation der NSDAP, die *Hitlerjugend* (HJ), zählte kurz vor dem Regierungsantritt Hitlers etwa 100 000 Mitglieder. 1933 lösten sich viele Jugendgliederungen der Weimarer Parteien freiwillig auf und schlossen sich der HJ an oder sie wurden zwangsweise gleichgeschaltet. So wuchs die Mitgliederzahl der HJ bis Ende 1934 auf 3,5 Millionen Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren an. 1936 wurde die HJ schließlich zur einzigen Organisation erklärt, die alle deutschen Jugendlichen erfasste. Sie gliederte sich in verschiedene Altersabteilungen. Jungen und Mädchen bildeten getrennte Gruppen; die Mädchen waren im *Bund Deutscher Mädel* (BDM) zusammengefasst.

Stärker als andere Altersgruppen übernahmen Jugendliche die Inhalte der nationalsozialistischen Propaganda, denn sie wuchsen mit ihr auf. Die Propaganda setzte Demokratie mit Parteienkampf, Wirtschaftskrise und Wehrlosigkeit nach außen gleich.

Leitbild der nationalsozialistischen Gesellschaft war der „kämpfende Mann“ – das wurde den Jugendlichen in der HJ schon frühzeitig beigebracht, das wurde in Plakaten und in

Jugendliche bei einer Geländeübung der Hitlerjugend, 1937





Plakat des Hilfswerks „Mutter und Kind“, um 1940

Rundfunksendungen aus dem Volksempfänger ständig wiederholt. Er verkörperte Stärke, Tatkraft, militärische Disziplin und die Bereitschaft im Kampf für die Volksgemeinschaft sein Leben zu opfern. Die Rolle der Frau sah die nationalsozialistische Propaganda dagegen in Haushalt und Familie. Die Frau sollte dem Leben des Mannes Geborgenheit und Wärme verleihen – und Kinder sollte sie gebären. „Das Kind adelt die Mutter“, stand auf dem „Mutterkreuz“, das jährlich anlässlich des neu eingeführten „Muttertags“ „deutschblütigen“ und „erbtüchtigen“ Frauen verliehen wurde, die mindestens vier Kinder geboren hatten.

Tatsächlich sank in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Regierung der Anteil der erwerbstätigen Frauen, da bevorzugt Männern Stellen eingeräumt wurden. Sobald aber die Vollbeschäftigung erreicht war, warben die Betriebe wieder um Frauen. Allerdings verrichteten sie vor allem niedrig bezahlte Büroarbeiten oder Fließbandarbeit. Frauenerarbeit galt als – oft notwendiger – Zuverdienst, nicht als berufliche Erfüllung.

Die Reaktionen der Kirchen

Die Haltung der kirchlichen Amtsträger und – mehr noch – der aktiven Gemeindemitglieder zum nationalsozialistischen Regime war uneinheitlich. In vieler Hinsicht stellte die Kirche eine weltanschauliche Konkurrenz dar, weil die Grundlehren des Christentums mit der nationalsozialistischen Ideologie unvereinbar waren. Dennoch hat das nationalsozialistische Regime nie gewagt die Kirchen aufzulösen, weil es dann mit einem breiten Widerstand hätte rechnen müssen. So aber trugen die Amtskirchen politisch überwiegend mit dazu bei, die Loyalität der Gläubigen dem Staat gegenüber zu erhalten.

Papst Pius XI. schloss im Juli 1933 mit dem Deutschen Reich ein Konkordat ab, d. h. einen Vertrag, der die Rechte der katholischen Kirche zur freien Religionsverkündigung und zur Ausübung seelsorgerischer Aufgaben ebenso sichern sollte wie den katholischen Religionsunterricht. Zugleich verpflichtete das Konkordat aber die Bischöfe auf „das Wohl und Interesse des deutschen Staatswesens“. Der Vertrag mit dem Heiligen Stuhl verschaffte der nationalsozialistischen Regierung Anerkennung, sowohl bei den Katholiken in Deutschland als auch im Ausland.

Opposition entwickelte sich vor allem dann in katholischen Kirchengemeinden, wenn Staat oder Partei in das religiöse Leben eingriffen, wie z. B. bei der erzwungenen Auflösung der katholischen Jugendverbände, die sich bis 1936 gegen die „Hitlerjugend“ hatten behaupten können, oder anlässlich des Verbotes, Kreuze in Klassenräumen aufzuhängen. Grundlegenden Protest, gegründet auf die Überzeugung, dass Nationalsozialismus und katholische Glaubenslehre unvereinbar seien, erhoben anfangs nur wenige. Erst der Massenmord an den Behinderen führte hier eine Wende herbei (siehe S. 117).

Die evangelischen Landeskirchen spalteten sich bereits im Sommer 1933 in zwei Flügel. Die Mehrheit der Kirchenführer wünschte keinen dauerhaften Konflikt mit Staat und Partei. Sie öffneten die Kirchen dem Einfluss der „Deutschen Christen“, die Christentum und nationalsozialistische Weltanschauung zu verbinden suchten. Diejenigen Pfarrer und Gemeindemitglieder dagegen, die christliches Bekenntnis mit dem nationalsozialistischen Rassismus, mit kriegerischem Nationalismus und Führerkult als unvereinbar ansahen, fanden sich 1934 in der „Bekennenden Kirche“ zusammen. Dabei traten besonders die Pfarrer Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer hervor. Die Gestapo beobachtete häufig die Gottesdienste und verhaftete einzelne Pfarrer der „Bekennenden Kirche“.

Jenseits der Volksgemeinschaft

Je mehr sich die nationalsozialistische Herrschaft festigte, desto größer wurde die Zahl derer, die aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurden. Hierzu gehörten nicht nur diejenigen, die weiterhin für demokratische oder klassenkämpferische Vorstellungen eintraten. Hierzu gehörten auch Einzelne, die aus Menschlichkeit Verfolgte unterstützten. In zunehmendem Maße zählten zu den Verfolgten viele, die den herrschenden Moralvorstellungen nicht entsprachen und als „Volksschädlinge“ gebrandmarkt wurden: Landstreicher, Personen ohne feste Wohnsitz, Prostituierte, Homosexuelle, mehrfach Verstrafe. Ihnen allen drohte wie den politischen Gegnern die Einweisung in ein Konzentrationslager*. 1939, zu Beginn des Kriegs, waren 24 000 Menschen in diesen Lagern inhaftiert. Gegen Juden waren nach den Boykottaufrufen und dem Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst im April 1933 bald weitere Maßnahmen gefolgt. Jüdische Rechtsanwälte durften nur noch Juden vertreten, jüdische Ärzte nur noch Juden behan-

deln. Einzelne Städte und Gemeinden schlossen jüdische Bürger von der Benutzung kommunaler Einrichtungen aus. Im September 1935, anlässlich des alljährlich in Nürnberg stattfindenden Parteitages der NSDAP, wurden die sogenannten „Nürnberger Gesetze“ verkündet. Sie nahmen den Juden die staatsbürgerlichen Rechte, Ehen zwischen Juden und Nichtjuden wurden verboten.

Die antijüdischen Maßnahmen steigerten sich in den folgenden Jahren bis zum offenen Terror am 9./10. November 1938. Unter der Leitung des Propagandaministers Goebbels setzten nationalsozialistische Parteidienststellen fast überall in Deutschland Synagogen in Brand und zerstörten jüdische Wohnungen und Geschäfte. Im Volk prägte man hierfür den zynischen Ausdruck „Reichskristallnacht“. Innerhalb weniger Tage wurden jetzt mehr als 30 000 Juden verhaftet und in Konzentrationslager gebracht. Für die von der NSDAP angerichteten Schäden mussten die Juden dem Reich eine Entschädigung von einer Milliarde Reichsmark zahlen. Jüdische Unternehmer wurden gezwungen ihre Betriebe unter Wert an „arische“ Geschäftsführer zu verkaufen. Und viele Deutsche kauften; wie auch immer sie die Gewalttaten am 9. November beurteilten, sie waren bereit, deren Nutznieder zu werden. Wer von den Juden es irgendwie konnte, floh jetzt aus Deutschland, um nach Entreibung und Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben Vereidigung und sozialer Ächtung zu entgehen.

Titelseite des „Illustrierten Beobachters“ vom 3. Dezember 1936



Fragen und Arbeitsaufgaben

1. Erkläre an Hand der Leitbegriffe Staat – Partei – Individuum Unterschiede zwischen der nationalsozialistischen Diktatur und der modernen Demokratie.
2. Inwiefern knüpften die Nationalsozialisten an traditionelle Denkweisen an?
3. „Verführung und Gewalt“ lautet der Titel eines Buches über den Nationalsozialismus. Erkläre an Hand dieser beiden Begriffe, warum es nach der Machtergreifung so viel Zustimmung und so wenig Widerstand gegen Hitler und die Nationalsozialisten gegeben hat.
4. Charakterisiere und beurteile das Bild der Frau, das die Nationalsozialisten hatten. Inwiefern widerspricht dies dem Gleichheitsgrundsatz der Menschen?
5. Untersuche die Eigenschaften, die dem Juden auf dem Plakat S.107 zugewiesen werden. Woher stammen diese Zuweisungen?
6. Erläutere die Folgen der „Nürnberger Gesetze“. Warum rührte sich für die Juden kaum eine Hand?

Erzeugnisse dieser Länder; Devisen- und Handelsverträge zwangen die Verkäufer allerdings das eingenommene Geld für deutsche Industriewaren wieder auszugeben. Die Nachbarländer Österreich und Tschechoslowakei sollten unter dem deutschen Druck sogar ihre politische Selbständigkeit verlieren. So schuf die Regierung das Fundament für einen europäischen Großwirtschaftsraum, der von Deutschland kontrolliert wurde.

Der Faschismus als europäische Macht

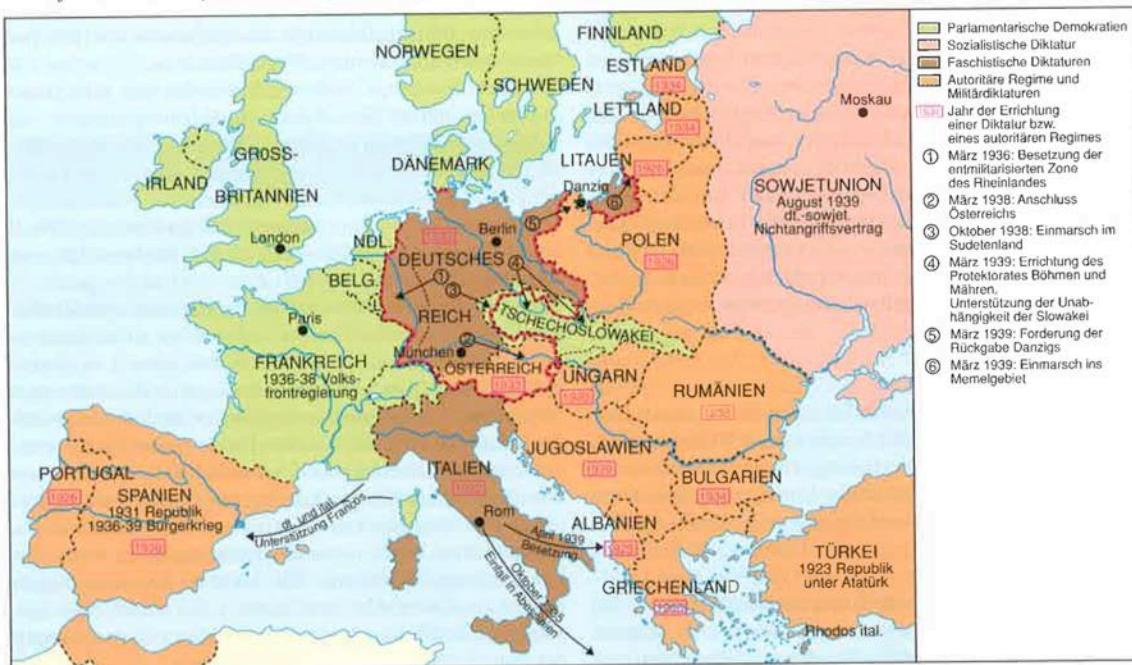
Die Kräfteverhältnisse in Europa

Begünstigt wurde die nationalsozialistische Expansionspolitik durch die Kräfteverhältnisse in Europa. In den meisten der kleineren mittel- und osteuropäischen Staaten, die erst als Ergebnis des Ersten Weltkrieges ihre nationale Souveränität erhalten hatten, konnten sich aufgrund der wirtschaftlichen Probleme und des Nationalitätenstreits die Ansätze demokratischer Regierungsformen nicht lange halten. Vielfach hatten die z. T. noch feudal geprägten Oberschichten mit Hilfe des Militärs wieder eine zentrale Machtstellung erlangt,

die sie durch ein autoritäres Regierungssystem zu sichern suchten. Wirtschaftlich schwach, politisch antidemokatisch und antisozialistisch eingestellt konnten sie dem zunehmenden nationalsozialistischen Druck wenig entgegensetzen. Obwohl die Ziele der nationalsozialistischen Expansionspolitik immer deutlicher wurden, hielten die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs an einer Politik des Appesement*, d. h. der Friedenswahrung und des friedlichen Ausgleichs in Europa, fest. Die Bevölkerung in beiden Ländern erwartete nach der Weltwirtschaftskrise vor allem eine Besserung der sozialen Lage. Erneute Aufrüstung hätte diese in Frage gestellt und zudem eine Phase zunehmender internationaler Spannungen herbeiführen können. Die Erinnerung an die krisenreichen Jahre vor dem Ersten Weltkrieg war zu tief und zu schmerzlich, als dass die Mehrheit der Bevölkerung in Großbritannien oder Frankreich diesen Weg noch einmal gehen wollte.

Die Regierungen beider Länder versäumten es aber, eine wirksame internationale Bündnispolitik gegen das expansive nationalsozialistische Deutschland zu entwickeln. Großbritannien stimmte im „Flottenabkommen“ vom Juni 1935 sogar einer begrenzten deutschen Aufrüstung zu, soweit diese

Staatsformen in Europa und die Expansion des nationalsozialistischen Deutschlands 1933–1939





„Guernica“. Ölgemälde von Pablo Picasso, 1937

die britische Seeherrschaft nicht gefährdete, Westeuropa aber gegen die Sowjetunion abschirmte. Die britische Regierung erwartete, dass eine Wiedereingliederung der in den Friedensverträgen von 1919 vom Deutschen Reich abgetretenen deutschsprachigen Gebiete und eine Ausweitung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen die sozialen und nationalen Gegensätze in den Anliegerstaaten beruhigen könnten. Sie übte daher Druck auf Frankreich aus Deutschland als gleichberechtigte Macht in Europa anzuerkennen und von jeder militärischen Intervention abzusehen. Und da sich in Frankreich seit der Errichtung der Volksfrontregierung 1936, dem Regierungsbündnis von Kommunisten und Sozialisten, die innenpolitischen Auseinandersetzungen verschärften, war es außenpolitisch um so mehr von Großbritannien abhängig.

Die Achse Berlin – Rom

Das faschistische Italien wurde bald zum wichtigsten Bündnispartner Deutschlands. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich in Italien, das laut Verfassung eine parlamentarische Monarchie war, eine sozialistische Bewegung entfaltet, die radikaler handelte als in Deutschland. In norditalienischen Industriestädten besetzten Arbeiter Fabriken, Kleinbauern taten sich zu Kooperativen zusammen und besitzlose Landarbeiter bebauten in eigener Regie brachliegenden Großgrundbesitz. Die sozialistische Partei bildete die stärkste Fraktion im Parlament, der Einfluss der zerstrittenen bürger-

lichen Regierungsparteien ging demzufolge zurück. Die in Italien traditionell mächtigen Besitzer der großen Landgüter und die einflussreichen Familienverbände der Industriellen sahen ihre Herrschaft bedroht. So nahmen sie die Hilfe nationalistisch ausgerichteter Kampfbünde an, in denen sich vor allem ehemalige Soldaten, Studenten und Arbeitslose sammelten und mit Gewalt gegen die Selbstorganisation von Arbeitern und Bauern vorgingen. Unter der Führung von Benito Mussolini formte sich daraus eine einheitliche Bewegung, die faschistische Partei. Nach dem von Mussolini geführten „Marsch auf Rom“ ernannte ihn der König auf Druck der Industrie- und Bankenverbände im Oktober 1922 zum Ministerpräsidenten.

Mussolini setzte schrittweise die parlamentarische Verfassung außer Kraft. Die Arbeiter suchte er vor allem durch eine in Italien bisher fehlende Sozialgesetzgebung zu gewinnen. Das Mittelmeer mit seinen Anliegerstaaten sollte zum „Mare nostro“, zum italienischen Großwirtschaftsraum werden, die Eroberung von weiteren Kolonien den Einfluss Italiens politisch absichern. 1935 überfielen die italienischen Streitkräfte ohne Kriegserklärung Äthiopien, einen der wenigen unabhängigen Staaten Afrikas. Nach einem kurzen, mit modernen Waffen grausam geführten Krieg wurde das Land italienische Kolonie. Die deutsche Regierung unterstützte die italienische Expansion. 1936 wurde die sogenannte Achse Berlin–Rom gegründet, die eine Abstimmung der deutsch-italienischen Politik bedeutete.

Der Spanische Bürgerkrieg

Gemeinsam halfen beide Mächte dann dem spanischen General Franco in den Jahren 1936 bis 1939 eine Diktatur zu errichten, die das faschistische Regime in Deutschland und Italien um 30 Jahre überleben sollte. In der erst seit 1931 bestehenden Republik in Spanien hatten sich nach den Wahlen von 1936 Demokraten, Sozialisten und Kommunisten zu einer sogenannten „Volksfrontregierung“ zusammengeschlossen um die überkommenen Vorteile von Adel, Kirche und Großgrundbesitz abzuschaffen. Gegen diese Regierung erhoben sich im Juli Teile des Militärs unter General Franco, doch erst durch deutsch-italienische Luftwaffeneinsätze konnten Francos Truppen die Republik nach heftigen Kämpfen ernsthaft gefährden. Erstmals in der Geschichte wurde 1937 von deutschen Flugzeugen eine Stadt, das baskische Guernica, durch Brand- und Splitterbomber zerstört. Die Sowjetunion unterstützte die Republikaner in diesem blutigen Krieg mit Materiallieferungen; aus vielen europäischen Staaten, insbesondere Frankreich, beteiligten sich Freiwillige in „Internationalen Brigaden“, unter ihnen auch deutsche Emigranten. Die französische und britische Regierung erklärten sich aber für neutral. Die deutsche und italienische Waffen- und Truppenhilfe verhalf Franco schließlich zum Sieg. Gestützt auf die alten Eliten* des Landes, auf Kirche und Armee, errichtete er eine Diktatur*, die Parlament und Parteien ausschaltete. An der Politik der Aggression, wie sie Deutschland und Italien betrieben, beteiligte er sich jedoch nicht.

Einmarsch in Österreich und Besetzung von Tschechien

Die Eingliederung Österreichs

Das nächste Opfer der deutsch-italienischen Interessenabstimmung wurde Österreich. Bis zur Bildung der deutsch-italienischen „Achse“ im Herbst 1936 hatte Italien darauf bestanden, dass das bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 festgelegte Verbot eines Anschlusses von Österreich an das Deutsche Reich eingehalten wurde. Nun aber gab Mussolini Hitler freie Hand. Allerdings widersetzte sich weder die österreichische Regierung noch die Mehrheit der Bevölkerung ernsthaft dem Druck des Deutschen Reiches. Denn im Innern hatte sich Österreich den faschistischen Regimen schon angepasst: Die vor allem in der Hauptstadt Wien starke sozialdemokratische Partei war verboten, das Parlament aufgelöst. Als am 11. März 1938 deutsche Truppen einmarschierten, begrüßten viele Österreicher diese „Heimföhrung“ ins Reich, wie die Eingliederung Österreichs genannt wurde.

Die Zerschlagung der Tschechoslowakei

Nach diesem Erfolg ging Hitler noch einen Schritt weiter. Nun machte er sich zum Fürsprecher der deutschen Minderheit im Sudetenland, die den Anschluss an Deutschland forderte. Als sich die Regierung der Tschechoslowakei weigerte dem deutschen Verlangen zu entsprechen, schien ein Krieg im Herbst 1938 nicht ausgeschlossen, denn Großbritannien und Frankreich hatten sich vertraglich verpflichtet die Tschechoslowakei bei einem militärischen Eingreifen Deutschlands zu unterstützen. Um einen Krieg zu verhindern erklärten sich der britische Premierminister Chamberlain und der französische Ministerpräsident Daladier zu einem Treffen mit Hitler und Mussolini in München bereit. Im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 stimmten sie der Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zu, der slowakische Landesteil sollte gegenüber der Zentralregierung in Prag eine stärkere Autonomie bekommen. Die tschechoslowakische Regierung war an dieser Vereinbarung nicht beteiligt, wurde aber gezwungen sie auszuführen.

In der Hoffnung mit diesem Abkommen den Frieden in Europa zu retten hatten die Westmächte Hitlers Forderungen nachgegeben. Und bestand nicht wirklich die Möglichkeit einer neuen Stabilisierung der europäischen Ordnung? Schließlich hatte Hitler immer wieder beteuert, dass mit dem Anschluss des Sudetenlandes „Deutschland territorial befriedigt“ sei.

Doch diese Hoffnungen wurden bald enttäuscht. Hitler setzte seine Aggressionspolitik fort. Das Münchener Abkommen hielt die Zerstörung der Tschechoslowakei nicht auf, sondern trieb sie voran. Als die Prager Regierung die slowakischen Autonomiebestrebungen mit militärischen Mitteln zu verhindern suchte, besetzten deutsche Truppen am 15. März 1939 die „Tschechei“ und gliederten sie als „Protektorat Böhmen und Mähren“ dem Deutschen Reich an. Die Slowakei wurde ein formal autonomer, praktisch jedoch unter deutscher Oberhoheit stehender Staat.

In wenigen Jahren hatte sich das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent entscheidend geändert. Die Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrages hatte in Wirklichkeit die deutsche Eroberung fremden Territoriums vorbereitet. Dagegen erwies sich das britisch-französische Bündnisystem als wirkungslos. Nun begannen auch die Konservativen in Großbritannien, das nationalsozialistische Deutschland – und nicht die kommunistische Sowjetunion – als den zumindest kurzfristig gefährlicheren Gegner anzusehen.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag

Tatsächlich übte die nationalsozialistische Führung gleich nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei auf den polni-



„Mal sehen, wie lange die Flitterwochen dauern werden!“
Englische Karikatur, September 1939

schen Staat Druck aus einer Wiedereingliederung der Freien Stadt Danzig ins Reich zuzustimmen. Vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht legte Hitler allerdings seine wirklichen Ziele dar: Es gehe ihm nicht um Danzig, sondern um die Eroberung von „Lebensraum im Osten“. Das „Lehrstück“ Tschechoslowakei hatte aber den Standpunkt der Westmächte gegenüber Deutschland entscheidend verändert. Die britische Regierung garantierte jetzt Polens Unabhängigkeit. Großbritannien und Frankreich verhandelten sogar mit der Sowjetunion über ein Militärbündnis. Die sowjetische Führung unter Stalin war gegenüber den Absichten der Westmächte jedoch misstrauisch. Stalin hegte den Verdacht, dass Großbritannien und Frankreich die deutsche Expansion bewusst in Richtung Osten lenken und die Sowjetunion in Polen schließlich in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen wollten, um eigene Opfer zu vermeiden. Je offensichtlicher daher die deutschen Angriffsabsichten auf Polen wurden, desto weniger war Stalin zu einem Bündnis mit den beiden kapitalistischen Großmächten bereit, zumal die polnische Regierung eine militärische Hilfeleistung durch die Sowjetunion ablehnte. Ein Krieg um Polen hätte zudem für die Sowjetunion die Gefahr eines Zweifrontenkrieges heraufbeschworen; denn 1938 und 1939 hatten japanische Truppen mehrfach versucht, die Grenze zur Sowjetunion zu überschreiten. Japan hatte sich zudem im „Antikominternpakt“ mit den faschistischen Mächten Deutschland und Italien zur gemeinsamen Bekämpfung des Kommunismus verpflichtet (siehe S. 259).

Auf dem Höhepunkt der Krise vollzog Stalin eine Wende, die die internationale Öffentlichkeit überraschte: Am 23. August 1939 schlossen das faschistische Deutschland und die kommunistische Sowjetunion einen Nichtangriffsvertrag ab, der sie zu gegenseitiger Neutralität für den Fall verpflichtete, dass sich eine der beiden Mächte im Krieg befände. Ein geheimes Zusatzprotokoll legte für den Fall „territorial-politischer Umgestaltungen“ – womit offensichtlich das Wort „Krieg“ umschrieben wurde – deutsche und sowjetische „Interessensphären“ in Osteuropa fest. Polen wurde – nach den drei Teilungen im 18. Jahrhundert – zum vierten Mal geteilt, die baltischen Staaten und Finnland überließ Hitler der Sowjetunion als Interessengebiet.

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges

Die Zerstörung Polens

Nicht nur Stalin, auch Hitler hatte durch den Nichtangriffsvertrag die Gefahr eines Zweifrontenkrieges für sein Land beseitigt. Das Schicksal des polnischen Staates war besiegelt, bevor der deutsche Einmarsch am Morgen des 1. September 1939 begann. Aber entgegen Hitlers Erwartungen ließ sich Großbritannien durch den deutsch-sowjetischen Vertrag nicht davon abhalten seine Garantieerklärung für Polen einzulösen. Am 3. September erklärten die beiden Westmächte dem Deutschen Reich den Krieg, ohne allerdings Polen unmittelbar militärisch durch eine Offensive an der Westfront zu entlasten. So gelang es der waffentechnisch überlegenen deutschen Armee bis Mitte September an die mit der Sowjetunion vereinbarte Interessenlinie vorzurücken. Daraufhin überschritten auch sowjetische Truppen die polnische Ostgrenze.

Anfang Oktober war der Krieg in Polen praktisch beendet. Ein Teil des polnischen Gebietes wurde dem Reich eingegliedert, das Restgebiet bis zur neuen sowjetischen Grenze erhielt als „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ eine deutsche Zivilregierung. Fast 100 000 polnische Soldaten flohen über Rumänien und Ungarn und bildeten eine polnische Exillarmee, die sich der polnischen Exilregierung unterstellt und an der Seite Großbritanniens und Frankreichs den Kampf fortsetzte.

Hitler hatte gehofft, dass die beiden Westmächte nach dem schnellen Sieg über Polen bereit sein würden einen vorläufigen Frieden zu schließen. Sie lehnten dieses Angebot jedoch ab. Ihre Strategie lief darauf hinaus eine direkte Konfrontation mit der deutschen Armee vorerst zu vermeiden und durch großräumige Operationen auf dem Balkan und in Nordeuropa Deutschland von Rohstoff- und Nahrungs-

mittellieferungen abzuschneiden. Hitler und die Wehrmachtshörführung wussten, dass die Westmächte langfristig allein aus wirtschaftlichen Gründen überlegen waren. Der Sinn des deutschen „Blitzkriegskonzeptes“ bestand deshalb darin die militärischen Kräfte stets auf einen Punkt zu konzentrieren und einen langen Stellungskrieg wie im Ersten Weltkrieg zu vermeiden. Zugleich sollten die Belastungen für die deutsche Bevölkerung, die die Hungerjahre des letzten Krieges noch deutlich in Erinnerung hatte, in Grenzen gehalten werden, um möglichem Widerstand von ihnen her zu begegnen.

Alle Großmächte behandelten die kleineren Staaten, die in ihrem militärischen oder wirtschaftlichen Interessengebiet lagen, als Objekte ihrer jeweiligen Strategie. So marschierten sowjetische Truppen in Finnland ein. Nach einem verlustreichen Winterkrieg schlossen beide Seiten im März 1940 einen Frieden, der der Sowjetunion einen wichtigen Gebietszuwachs erbrachte. Deutsche Truppen besetzten Anfang April 1940 „präventiv“ Dänemark und Norwegen, um den britischen Streitkräften zuvorzukommen, die von hier aus einen Zugriff auf die Ostsee erreichen und die schwedischen Erztransporte nach Deutschland unterbinden wollten.

Frankreichs Niederlage

Nachdem die deutsche Rüstungsproduktion im Winter 1939/40 speziell hierauf abgestellt worden war, erteilte Hitler der Wehrmachtshörführung den Befehl zum Angriff auf Frankreich für den 10. Mai 1940. Unter Verletzung der Neutralität von Luxemburg, Belgien und den Niederlanden gelang ein rascher Vormarsch, der einen Teil des französischen Heeres sowie die britischen Truppen in Nordfrankreich von ihren Nachschublinien abschnitt. Nur knapp konnten die britischen und ein Teil der französischen Soldaten – zusammen über 300 000 Mann – bei Dünkirchen über den Ärmelkanal nach England entkommen.

Die militärische Niederlage führte in Frankreich zu einem Regierungswechsel. Der neue Ministerpräsident Marschall Pétain drängte auf einen Ausgleich mit Deutschland, um ein unabhängiges Restfrankreich und vor allem Teile der Armee als inneren Ordnungsfaktor zu bewahren. Am 22. Juni 1940 unterzeichneten beide Seiten den Waffenstillstand. Nordfrankreich mit der Hauptstadt Paris und die gesamte Atlantikküste wurden der deutschen Militärverwaltung unterstellt; die Regierung Pétain nahm ihren Sitz im mittelfranzösischen Kurort Vichy; formal selbstständig, war sie jedoch praktisch von Deutschland abhängig. Von London aus rief General Charles de Gaulle, ehemaliger Staatssekretär im französischen Kriegsministerium, die Franzosen zum Widerstand gegen die Besatzer auf.

Kurz vor der französischen Niederlage war Italien auf deutscher Seite in den Krieg eingetreten, um seine imperialistischen Mittelmeerpläne zu verwirklichen. Zur Unterstützung der italienischen Verbände entsandte die deutsche Wehrmachtshörführung Truppen nach Nordafrika und Südosteuropa. Jugoslawien und Griechenland wurden im April 1941 von deutschen Truppen erobert.

Großbritanniens Widerstand

Anders als in den übrigen Ländern führte in Großbritannien die militärische Bedrohung nicht zu einer inneren Schwächung. Die Zeit der Kompromisse mit dem deutschen Faschismus war vorbei. Am Tag des deutschen Angriffs gegen Frankreich war Ministerpräsident Chamberlain zurückgetreten. Winston Churchill, der schon im Ersten Weltkrieg dem britischen Kabinett angehört hatte und in den 30er-Jahren für eine stärkere Aufrüstung gegen Deutschland eingetreten war, bildete nun eine Allparteienregierung, die bis zum Kriegsende bestehen blieb und die britischen Verteidigungsanstrengungen intensivierte. Die Verstärkung der britischen Armeeausrustung wurde wesentlich von den USA mitgetragen, die beträchtliche Mengen an militärischen Gütern nach England verschifften. Der Versuch der deutschen Marine, eine totale Seeblockade gegen England zu verhängen, scheiterte; auch die Luftwaffe konnte durch die Bombardierung englischer Städte und Flugplätze nicht die Voraussetzungen für eine geplante Invasion auf der Insel schaffen.

Aber auf dem Kontinent war Deutschland nun die stärkste Macht. Und auch Kritiker aus Wirtschaft und Armee, die auf einen vorsichtigeren Expansionskurs gesetzt hatten, ließen sich von den Erfolgen mitreißen.

Fragen und Arbeitsaufgaben

1. Erläutere mit Hilfe der Karte (siehe S. 119) die Expansion des nationalsozialistischen Deutschlands zwischen 1933 und 1939. Erkläre die Motive und die Mittel dieser Außenpolitik.
2. Warum wird im Text die Zersetzung der Tschechoslowakei als „Lehrstück“ bezeichnet?
3. Der britischen Regierung ist später vorgeworfen worden, sie sei Hitler nicht entschlossen genug entgegentreten. Hätten ihr deiner Meinung nach Alternativen offen gestanden?

Polen und Deutsche seit Beginn des Zweiten Weltkriegs

Polen im Zweiten Weltkrieg

1 Als Aufgaben der nationalsozialistischen Besatzungspolitik im Generalgouvernement Polen formulierte Hitler im Oktober 1939:

- Q Die Durchführung (der Verwaltung) bedingt einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet ... Der Generalgouverneur soll der polnischen Nation nur geringe Lebensmöglichkeiten geben und die Grundlage für die militärische Sicherheit erhalten ... Die Führung des Gebietes muss es uns ermöglichen auch das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen.
- 5 Nürnberger Prozess, Bd. XXXVI, S. 378.

2 In einem Aktenvermerk vom Oktober 1939 gab Martin Bormann, einer der engsten Vertrauten Hitlers, dessen Vorstellungen über die Behandlung der Polen folgendermaßen wieder:

- Q Die Menschen des Generalgouvernementes, die Polen also, seien nun nicht qualifizierte Arbeiter wie unsere deutschen Volksgenossen und sollten es auch gar nicht sein; sie müssten, um leben zu können, ihre eigene Arbeitskraft, d. h. sozusagen sich selbst, exportieren. Die Polen müssten also nach dem Reich kommen und dort Arbeit in der Landwirtschaft, an Straßen und sonstige niedrige Arbeiten leisten ... Noch einmal müsse der Führer betonen, dass es für die Polen nur einen Herrn geben dürfe und das sei der Deutsche; zwei Herren nebeneinander könnte es nicht geben und dürfe es nicht geben, daher seien alle Vertreter der polnischen Intelligenz umzubringen. Dies klingt hart, aber es sei nun einmal das Lebensgesetz.
- 10 Nürnberger Prozess, Bd. XXXIX, S. 425.

3 Der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, schlug 1939 folgende Behandlung polnischer Schulkinder vor:

- Q Eine grundsätzliche Frage bei der Lösung aller dieser Probleme ist die Schulfrage und damit die Frage der Sichtung und Siebung der Jugend. Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, dass es ein göttliches Gebot ist den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich.
- 10 Außer dieser Schule darf es im Osten überhaupt keine Schulen geben.
- Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 5, 1975, S. 195–196.

1. Welche Aufgaben sollte das Generalgouvernement innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsreichs erfüllen?

2. Warum erschien es der nationalsozialistischen Führung erforderlich, hierfür eine eigene Herrschafts- und Verwaltungseinheit einzurichten, die nicht – wie andere Teile Polens – „eingedeutscht“ wurde?

4 In einer Untersuchung über die polnische Widerstandsbewegung wird über den Kreis Neu-Sandes berichtet:

D Als Folge der verfügbaren Schließung der Oberschulen konnten ca. 1800 Schüler ihre Ausbildung nicht fortsetzen. Zunächst bildeten sich spontan geheime Unterrichtsgruppen ... Anfang 1940 wurden die ersten Kontakte mit der Schulkommission in Krakau geknüpft und es begann der systematische Aufbau illegaler Komplets¹.

In Übereinstimmung mit Krakau wurden in diesem Rahmen auch drei „Examenskommissionen“ gebildet, die dafür sorgten, dass das Vorkriegsprogramm der Oberschulen für Unterricht und Prüfungen eingehalten wurde. 10 Gleichzeitig begann die allmähliche Einbeziehung der Grundschulen in den organisierten Geheimunterricht in der Form der Ergänzung des von den deutschen Schulbehörden zugelassenen Stoffes oder auch durch Schaffung eigener Komplets innerhalb der Schulen. Anfang 1941 waren 68 Lehrer im illegalen Unterricht tätig ...

Die Komplets kamen in der Regel in Privatwohnungen zusammen, daneben auch in Klöstern, Kirchen, Magazinen, Schuppen usw. Sicherheitserwägungen erforderten einen möglichst häufigen Wechsel der Lokale.

20

¹ Abendgebet; hier gebraucht als Tarnung für Unterrichtskreise
Ch. Kleßmann, *Die Selbstbehauptung einer Nation*, Düsseldorf 1971, S. 124ff.

5 In einem Artikel der Untergrundzeitschrift „Gwardista“ vom 1. Januar 1943 hieß es:

Q Der Besatzer siedelt in der Umgebung von Lublin systematisch ganze Dörfer und Kreise aus. Ein Teil wird zur Arbeit abtransportiert, ein Teil bleibt als Knecht für die deutschen Kolonisten, die hierherkommen sollen. Ein erheblicher Teil ist zur „vollständigen Beseitigung“ bestimmt – anders gesagt für den Tod.

Die unglückliche Bevölkerung leistet nicht selten verzweifelten Widerstand, verbrennt ihre Hütten, vernichtet ihr Hab

- und Gut, es gab Fälle der Vernichtung der Begleitmannschaft und der Flucht aus dem Zug. Diese heldenhaften Formen der Selbstverteidigung halten die Verbrecher nicht auf. Die Nazihenker liquidieren die Juden und jetzt haben sie schließlich im ganzen Land damit begonnen die Polen mit derselben Methode zu liquidieren.
- 15 Wie soll man dieser Aktion entgegenwirken? Die einzige Form der Verteidigung ist den Feind anzugreifen und das Leben sowie die Verwaltung in den bedrohten Gebieten zu desorganisieren. Die Zerstörung des Nachrichten- und Verkehrswesens, der Ämter, die erbarmungslose
- 20 Bekämpfung der Besatzer – das ist die einzige Möglichkeit

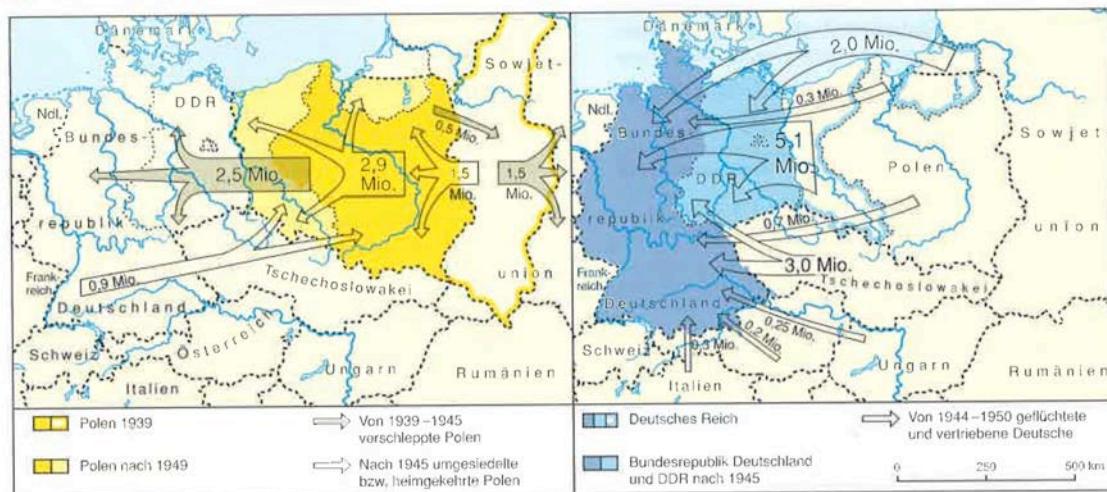
die entsetzliche Aktion zur Vernichtung der Polen zu beenden.

Das deutsch-polnische Verhältnis in Geschichte und Gegenwart, hg. von J. Vietig und N. H. Weber, Weinheim 1983, S. 116–117.

1. Woran entzündete sich der polnische Widerstand? Welches waren seine Formen?
2. Wie werden deiner Meinung nach deutsche Soldaten den polnischen Widerstand beurteilt haben?
3. Versuche, das Leben der polnischen Bevölkerung unter deutscher Besetzung zu beschreiben.

Deportation, Flucht und Vertreibung

6 Deportation, Flucht und Vertreibung von Polen und Deutschen



1. Welche politischen Ereignisse waren die wichtigsten Ursachen für die Deportation, Flucht und Vertreibung?
2. Was sagen die Karten über die Ursachen und Folgen von Deportation, Flucht und Vertreibung aus?

7 Schilderung der Flucht einer jungen Frau aus Ostpreußen (Niederschrift 1951):

Q Bis zum 10. Februar 1945 blieben wir in Braunsberg ... Wir fassten den Entschluss die Stadt zu verlassen. In der Dunkelheit verließen wir mit einigen anderen Leidensgefährten unser Domizil und tappten uns durch eine stockfinstere Nacht auf einer von Menschenleichen und Tierkadavern besäten Landstraße vorwärts ... Gegen Mitternacht erreichten wir

– völlig verdreckt und verschlammt – das Städtchen Passarge am Frischen Haff ... Inzwischen war die eisige Kälte anhaltendem Regenwetter gewichen. Wir erreichten den Uferrand des Frischen Haffs, verpusteten einige Minuten und traten dann den Marsch zur gegenüberliegenden Nehrung an. Das Eis war brüchig; stellenweise mussten wir uns mühsam durch 25 cm hohes Wasser hindurchschleppen ... Ich sah Frauen Übermenschliches leisten. Als Treckführerinnen

10